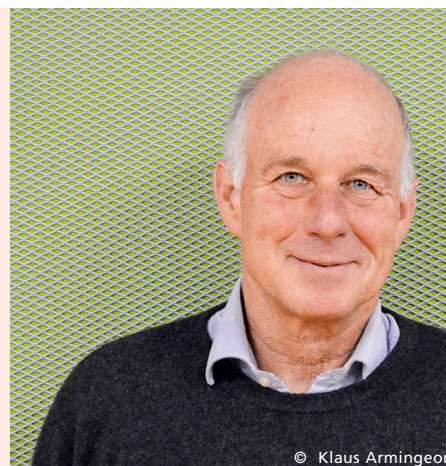


Klaus Armingeon, Prof. Dr., geboren 1954 in Stuttgart, ist Bürger der Schweiz, Deutschlands und der EU. Er studierte Politikwissenschaft und Osteuropäische Geschichte in Tübingen, promovierte in Konstanz und habilitierte sich in Heidelberg. Seit 1993 ist er Professor für vergleichende und europäische Politik in Bern. Gastprofessuren an den Universitäten Duke, UNC (Chapel Hill), Innsbruck und dem Collegio Carlo Alberto (Turin/Moncalieri). Aktuell forscht er zu Austeritäts- und Liberalisierungspolitik, zur Krisenpolitik der EU sowie anhand der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zur Frage, weshalb Bürger politische Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen, obwohl sie offensichtlich sind.



Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung von Redaktion oder Universitätsleitung entsprechen.

Populisten – die Krisengewinnler

Von Klaus Armingeon

Bald könnten die USA mit Donald Trump von einem Politiker geführt werden, von dem viele vermuten, ihm fehlten die persönlichen Voraussetzungen für dieses Amt. Ebenso realistisch sind zukünftige massive Stimmengewinne von rechtspopulistischen Parteien in Europa. Naheliegend ist die Angst einer Bedrohung der westlichen Demokratie, die mit der grossen Rezession von 2008 begonnen hat und durch den Aufstieg von Populisten und dem Zerfall demokratischer Umgangsformen geprägt ist.

Dies dürfte überzogen sein. Selbstverständlich sind Persönlichkeitsfaktoren auch in der Politik wichtig, aber sie werden regelmässig überschätzt. Amerikanische Präsidenten müssen Mehrheiten für ihre Politik finden und sie werden durch andere politische Akteure und Institutionen in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt. Nicht zuletzt der Rechtsstaat baut hohe Hürden für eine persönlichkeitsgetriebene Politik auf. Und der Grund für den Aufstieg des Rechtspopulismus ist nicht ein Zerfall einer gesitteten und auf Differenzierung beharrenden Kultur. Dahinter stehen vielmehr handfeste materielle Konflikte, die schon lange vor der aktuellen Krise begannen.

Ein besonders wichtiger Konflikt ist jener um die internationale Öffnung oder Schliessung eines Landes. Dabei geht es nicht nur um normative Ziele wie Selbstbestimmung in kleinräumigen Einheiten, sondern auch um Verteilungskonflikte. Gut ausgebildete Arbeitskräfte mit hohem Einkommen brauchen keine Angst vor der Lohn- und Arbeitsplatzkonkurrenz durch schlecht qualifizierte Einwanderer zu haben. Die Verliererinnen und Verlierer sind die

schlechter Qualifizierten: Sie fürchten zu Recht um ihre soziale Sicherheit. In Westeuropa finden sie ihre Fürsprecher häufig in rechtspopulistischen Parteien. Diese befürworten Nativismus – Vorrechte für im Lande geborene Bürger – und autoritäre Strukturen. Sie arbeiten mit simplen Dichotomien wie jener zwischen dem vernünftigen «Mann von der Strasse» und der «Classe politique». Rechtspopulisten bekämpfen die Demokratie nicht, selbst wenn sie einige Menschenrechte gering achten. Aber sie fördern auch keine tolerant-liberale Demokratie und keine deliberative Demokratie, die den rational-argumentativen öffentlichen Diskurs der Bürgerinnen und Bürger über politische Themen pflegt.

Verschärft werden diese Verteilungskonflikte durch die wachsende Ungleichheit der Nettoeinkommen in den meisten europäischen Ländern. Die Schweiz ist bislang von dieser Entwicklung ausgenommen worden. In vielen Nationen haben zudem die Liberalisierung der Wirtschaft seit den 1990er-Jahren und die Austeritätspolitik – also der Versuch, staatliche Defizite durchgängig und selbst in Krisenzeiten zurückzufahren – dazu beigetragen, sozial- und arbeitsmarktpolitische Sicherungen zu schleifen. Darunter leiden besonders jene am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie und gleichzeitig wächst damit deren Nachfrage nach sozialem Schutz und politischer Vertretung. Sie wünschen sich, das Rad zurückzudrehen und das Land und seinen Arbeitsmarkt gegen aussen zu schliessen.

Keines dieser Probleme ist durch die grosse Rezession geschaffen worden, aber alle sind durch sie verstärkt worden. Die

Krise löste schärfste Sparauflagen und den weiteren Abbau von Regeln des Beschäftigungsschutzes aus. Die europäische Austeritätspolitik wurde tatsächlich umgesetzt, sie hat jedoch ihre wirtschaftspolitischen Ziele nicht erreicht und erzeugte unzweifelhaft viel soziale Unsicherheit und Not. Der Leistungsausweis der Liberalisierungspolitik ist bestenfalls gemischt. Sie hat auch zu einer Spaltung des Arbeitsmarkts beigetragen, indem die gering qualifizierten oder ansonsten benachteiligten Arbeitskräfte zwar oft mehr Beschäftigung, aber häufig zu schlechteren Bedingungen erfahren.

Die Krise hat zudem für viele – allerdings nicht für die Mehrheit in der Schweiz oder im Vereinigten Königreich – die Grenzen der Steuerungsfähigkeit der nationalen Demokratie deutlich gemacht. Trotz der genannten Volksentscheide: Die unproblematische Rückkehr in das Zeitalter des weitgehend souveränen und steuerungsstarken Nationalstaats scheint verbaut zu sein. Aber andererseits gibt es keine effizienten und hinreichend demokratisch legitimierten Entscheidungsstrukturen jenseits des Nationalstaats. Und vielleicht ist dies die ernüchternde Lehre aus der Krise: Wir brauchen eine Koordination der nationalen Politiken, haben aber nicht die dafür notwendigen supranationalen demokratischen Strukturen.

Kontakt: Prof. Dr. Klaus Armingeon, Institut für Politikwissenschaft, klaus.armingeon@ipw.unibe.ch